



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Benno Zierer, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kreuzkräuter in Bayern – Gefahren erkennen und handeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- über die Verbreitung von Kreuzkräutern (v. a. Jakobs- und Wasserkreuzkraut) in Bayern seit 2008 zu berichten und über die Möglichkeit einer Bekämpfungspflicht sowie Bekämpfungsmöglichkeiten aufzuklären,
- Forschungsprojekte auszubauen und verstärkt zu unterstützen,
- eine großflächige Aufklärungskampagne zu starten und somit für das Thema zu sensibilisieren
- Landkreise und Kommunen bei der Entsorgung von belasteten Grünschnitten zu beraten und zu unterstützen.

Begründung:

Kreuzkrautarten sind in Bayern weit verbreitet und wurden in den letzten Jahren vermehrt auf landwirtschaftlichen Flächen nachgewiesen. Betroffen ist hierbei vor allem der voralpine Grünlandgürtel aber auch in den Landkreisen Ebersberg, Erding und im bayerischen Wald gibt es Probleme mit Kreuzkräutern. Die Pflanzen beinhalten als sekundären Pflanzeninhaltsstoff Pyrrolizidinalkaloide (PA), welche beim Abbau zu irreversiblen Leberschäden führen. Auf der Weide meiden die Tiere die Kreuzkräuter auf Grund des Geschmacks. Dieser geht jedoch bei der Futterkonservierung weitgehend verloren, im Gegensatz zu den PA-Giftstoffen. Die Folge: Neben dieser Vergiftung für Nutztiere, die akut aber auch schleichend eintreten kann, besteht im Folgenden auch die Gefahr, dass sich die Stoffe in der Lebensmittelkette anreichern.

Hierbei gibt es verschiedene Eintragswege. So können die PA etwa über die Ernte in Lebensmittel gelangen, wenn etwa auf Anbauflächen von Nutzpflanzen auch Wildkräuter wachsen, die diese Substanz bilden. So konnten in Deutschland PA bereits bei Salaten oder Tees nachgewiesen werden. Eine weitere Möglichkeit ist der Eintrag über Bienenprodukte wie Honig oder Pollen. Als Quelle dienen auch hier Wildpflanzen, von denen die Pollen gesammelt wurden. Nicht zuletzt können PA auch über die bereits angesprochenen verunreinigten Futtermittel in die Lebensmittelkette gelangen, etwa über Milch oder Eier. Zu letzterem Eintragsweg liegen laut dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) allerdings keine belastbaren Hinweise vor.

Die Bekämpfung bzw. die vorbeugenden Maßnahmen bezüglich der Kreuzkräuter sind schwierig. Da es sich um Lichtkeimer handelt, müsste auf der Weide möglichst schnell nachgesäht werden, was bei laufendem Weidebetrieb allerdings problematisch ist. Einzelne Pflanzen suchen und ausstechen ist mühsam und zeitintensiv und eine Besserung oder gar Erfolg stellt sich erst nach Jahren ein. Die Kapazitäten sind für größere Flächen jedoch fast nie vorhanden. Bei der chemischen Bekämpfung treten direkt mehrere Probleme auf, da hier häufig nur die Gräser überleben, also auch wertvolle Kräuter verloren gehen und der Schnitt im Anschluss meist nicht verwertbar ist und entsorgt werden muss. Die Entsorgung über eine Biogasanlage wäre durchaus möglich, allerdings sind viele Biogasanlagenbetreiber unsicher und verweigern eine Anlieferung von Grünschnitt, der mit Kreuzkräutern verunreinigt ist. Die Gefahr der Verschleppung ist ihnen zu groß.

Um die Vielzahl der Probleme anzugehen bedarf es zunächst belastbarer Daten bezüglich der Verbreitung der Kreuzkräuter in Bayern. Darauf basierend müssen Bekämpfungsmöglichkeiten erarbeitet werden und diese konsequent umgesetzt werden. Neben einem Bericht der Staatsregierung ist es weiterhin notwendig, die Forschung in diesem Bereich auszubauen und nach Kräften finanziell zu unterstützen. Nur so können nachhaltige Lösungen für die Betroffenen und Praktiker vor Ort gefunden werden. Bedenkt man den Einfluss von PA auf die Lebensmittelkette, ist dies durchaus ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. In diesem Sinne benötigt es eine Aufklärungskampagne – ähnlich wie beim Borkenkäfer – um für das Problem zu sensibilisieren. Zu guter Letzt müssen auch die Kommunen und Landkreise tatkräftig bei dem Problem der Entsorgung unterstützt werden. Hierfür müssen entsprechend Stellen geschaffen werden und die Beratung vor Ort intensiviert werden.